

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

NRW-Bauminister Michael Vesper besucht Gladbeck

Themen in dieser Ausgabe:

- Minister Vesper besucht mit einer Gruppe ostdeutscher Politiker Gladbeck
- Brauck wird in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen
- Der Rat verabschiedet eine Resolution zum geplanten Autobahnausbau
- Amnesty International bestätigt Menschenrechtsverletzungen

In dieser Ausgabe:

NRW-Bauminister Michael Vesper besucht Gladbeck	1
Brauck in Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen	2
Rat verabschiedet Resolution zur A 52	2
GRÜNE kritisieren Menschenrechtsverletzungen in China	3
GRÜNE: Kein Ei mit der „3“ !	3
Zukunftsfähige Arbeit hat eine Farbe: „GRÜN“ !	4
Impressum & Kontakt	4

Auf Einladung von NRW-Bauminister Dr. Michael Vesper besichtigten grüne PolitikerInnen aus Ostdeutschland das Ruhrgebiet. Während der Besichtigungsrundfahrt, an der auch grüne Bundestags- und Landtagsabgeordnete teilnahmen, zeigte der Minister den Ostpolitikern mit dem Stadtteil Brauck, der Phoenixstraße und der Schwechater Straße u.a. in Gladbeck dringende städtebauliche Handlungsbedarfe auf.

Im Hinblick auf die Probleme, mit denen auch im Westen finanzschwache Städte wie Gladbeck zu kämpfen haben, hatte der nordrhein-westfälische Bauminister bereits im vergangenen Jahr einen Kurswechsel in der staatlichen Städtebauförderung gefordert. Nach Ansicht von Minister Vesper sollten die finanziellen Mittel zur Städtebauförderung nicht mehr wie bislang, nach regionalen Kriterien, sondern nach Bedürftigkeit verteilt werden. Die Städtebauförderung im Osten Deutschlands würde demnach zugunsten von finanzschwachen Städten stufenweise zurückgefahren. Vesper verwies darauf, dass etliche Viertel in West-Städten mittlerweile in ähnlich marodem Zustand seien wie die ostdeutschen Städte Anfang der 90er Jahre.

„Ich will keine Neiddebatte anstoßen, sondern eine darüber, wie man das knappe öffentliche Geld so einsetzen kann, dass es wirklich die Probleme beseitigen hilft“, äußerte sich der grüne Baumi-

nister gegenüber dem Deutschlandfunk. Hilfe bei der weiteren Bewältigung des Strukturwandels wird auch in Gladbeck erwartet, wo man sich in Stadtteilen wie Brauck mit einer erneuerungsbedürftigen Infrastruktur, mit Abwanderung, Leerständen und hohen Ausländeranteilen konfrontiert sieht. Die Vertreter der grünen Ostverbände zeigten während der Fahrt durch Brauck und bei der Besichtigung der Phoenixstraße durchaus Verständnis für die Haltung von Vesper. Auch im Westen sei nicht alles golden, brachte die Vorsitzende des grünen Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Ines Brock, ihre Eindrücke auf den Punkt.

„Wir freuen uns, dass unser Minister uns bei unserer Arbeit vor Ort unterstützt“, begrüßte der Gladbecker Grünenchef, Bernd Lehmann, die Besichtigungsrundfahrt. Wie bereits im Stadtteil Butendorf werden ab diesem Jahr auch in Brauck Maßnahmen zur Aufwertung des Stadtteils vom Land gefördert. In der Phoenixstraße machte Lehmann gegenüber den Vertretern des Ministeriums deutlich, dass man weiterhin eine Lösung erwarte, die Teile der denkmalgeschützten Siedlung erhalte. „Es ist nicht notwendig, den gesamten Straßenzug abzureißen“, so Lehmann. Prägnante Gebäude wie das für das Stadtteilbüro restaurierte Eckgebäude müssten in die Neugestaltung des Bereichs einbezogen wer-



Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann überreicht der baupolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Franziska Eichstädt-Bohling und NRW-Bauminister Michael Vesper zur Erinnerung an die gemeinsame Besichtigungstour „Gladbeck-Präsente“

den.

Damit die Gäste aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Berlin nach der Tour durch Gladbecks Problembereiche, die junge Gartenstadt dennoch in positiver Erinnerung behalten, überreichten die Gladbecker Grünen ihren ostdeutschen Kollegen zum Abschied Bildbände über die Geschichte Gladbecks und fair gehandelten Gladbeck-Kaffee. Minister Vesper erhielt außerdem eine Flasche „Gladebecker“-Bier aus der Brauerei in der alten Post. „Spätestens, wenn Du das Pfand zurückbringst, wollen wir Dich wieder in unserer Stadt begrüßen dürfen“, so der grüne Stadtverbandssprecher Lehmann.

→ [Fotos und weitere Infos](#)

→ [Interview des Deutschlandradios mit Minister Vesper](#)

Brauck in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen

[30.03.2004] Fördermittel in Höhe von 1,4 Mio Euro fließen im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms des Landes in diesem Jahr nach Gladbeck. Dies teilen die Grünen in Abstimmung mit Bauminister Dr. Michael Vesper mit.

Im Mittelpunkt der Förderung stehen die Stadtteilprojekte in Butendorf und Brauck. Erst im Juli des vergangenen Jahres hatte sich Minister Vesper auf Einladung seiner Gladbecker Parteifreunde ein Bild von den Erfolgen in Butendorf gemacht. Damals zeigte sich der Baumi-

nister während der Besichtigung des Jugendzentrums Karo, welches ebenfalls mit Unterstützung des Landes errichtet wurde, beeindruckt von den Erfolgen der Stadtteilarbeit. Die Investitionen in Butendorf werden daher auch in 2004 mit 464.000 Euro weiter gefördert.

Erstmals in diesem Jahr wurde der Stadtteil Brauck in die Förderung aufgenommen. Auch hier soll das Landesprogramm "Soziale Stadt" zu einer spürbaren Aufwertung des Stadtteils führen. Hierzu stellt das

Land Investitionszuschüsse von 410.000 Euro zur Verfügung. Das von der Verwaltung im letzten Jahr vorgestellte integrierte Handlungskonzept für Brauck stieß bei den Grünen damals auf positive Zustimmung.

In den Stadtteil Zweckel fließen gut eine halbe Millionen Euro Landeszuschüsse, um die Sanierungsarbeiten an der denkmalgeschützten Maschinenhalle fortzuführen.

→ [mehr Infos im Netz](#)



Während einer Besichtigungsfahrt durch Gladbeck verschafften sich GrünenpolitikerInnen wie die Bundestagsabgeordnete Franziska Eichstädt-Bohling (rechts) auch ein Bild von den Stadtteilen Brauck und Butendorf (hier die Phoenixstraße)

Rat verabschiedet Resolution zur A 52

Am 30. März 2003 verabschiedete der Rat der Stadt Gladbeck mit großer Mehrheit eine Resolution zum geplanten Ausbau der A52 und unterstrich damit erneut die Forderungen, die die Stadt an den Bau der Verkehrsstrasse knüpft.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN unterstützen diese klare und deutliche Haltung der Stadt. Theodor Schulte, Ratsherr und grüner Bürgermeisterkandidat, machte während der Debatte im Rat deutlich: "Wir müssen uns den Technokraten, die kaltschnäuzig über unsere Interessen hinwegplanen, widersetzen!". Der verabschiedete Resolutionstext lautet wie folgt:

„Der Rat bekräftigt ausdrücklich und nachdrücklich seine Forderung nach einer möglichst zügigen und raschen Umsetzung der A 52 mindestens im Ausbauabschnitt zwischen Gelsenkirchen-Buer-West und der Anschlussstelle Essen-Nord/A 42. Zur Wahrung der spezifischen Gladbecker Interessen müssen hierbei jedoch folgende Mindestforderungen erfüllt werden:

(1) Die Stadt wird im Zusam-

menhang mit dem Ausbau der B 224 zur A 52 keiner Lösung zustimmen, die die bestehende Zäsur in zentralen Bereichen des Stadtgebietes weiter verstärkt. Unabdingbar ist eine Lösung, die sowohl stadtvträglichen Ansprüchen als auch verkehrlichen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Die Autobahnführung im Stadtgebiet muss insgesamt vertraglich erfolgen, d.h., der Umfang der Beeinträchtigungen durch die Autobahn (nicht nur bezogen auf Lärm, sondern auch im Hinblick auf die Trennwirkung) ist insbesondere im Siedlungsbereich so gering wie möglich zu halten.

(2) Im Zusammenhang mit der Anbindung wesentlicher Bereiche und Flächen im Stadtgebiet sind die Gladbecker Interessen angemessen zu berücksichtigen. Dies gilt besonders für den Gewerbepark Brauck, das Naherholungsgebiet Wittlingen sowie die Innenstadt. Bei der Entwicklung des Gewerbeparks Brauck hatte die Schaffung einer Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz eine zentrale Bedeutung. Der Gewerbepark Brauck ist sehr attraktiv an die B 224 angebunden.

Die Stadt erwartet daher bei der Schaffung einer attraktiven Erschließung des Gewerbeparks an das zukünftige überörtliche Straßennetz die aktive Unterstützung des Bundes und des Landes. Die Anschlussstelle "Gladbeck" muss im Bereich der Einmündung Schützenstraße liegen.

Da im Falle der Realisierung die A 52 die B 224 ersetzen wird, müssen die innerstädtischen Verkehre, die heute an den verschiedenen Einmündungen und Kreuzungen der städtischen Verkehrsnetze von und zu der Bundesstraße fahren, zukünftig leistungsfähig im innerstädtischen Verkehrsnetz abgewickelt werden. Der südliche Abschnitt der Schützenstraße ist daher als Hauptverkehrsstraße zwingend bei der Anbindung der Anschlussstelle mit einzubeziehen, um auch die Anbindung des Naherholungsgebietes Wittlingen noch berücksichtigen zu können. [...]"

→ [weiter lesen im Netz](#)

→ [Infoseiten zur A 52](#)

„Wir müssen uns den Technokraten, die kaltschnäuzig über unsere Interessen hinwegplanen, widersetzen!“



Blick von der Horster Straße auf die Bundesstraße 224, die mitten durch Gladbeck verläuft

GRÜNE kritisieren Menschenrechtsverletzungen in China

[08.04.2004] Anlässlich der bevorstehenden Reise von Vertretern der Stadt sowie der Wirtschaft in Gladbecks Partnerstadt Fushun weisen die GRÜNEN auf die eklatanten Menschenrechtsverstöße in der Volksrepublik China hin.

Wie den GRÜNEN auf Anfrage von Amnesty International mitgeteilt wurde, wurden der Menschenrechtsorganisation Verfolgungen, Festnahmen und Inhaftierungen von Gewerkschaftlern sowie von Anhängern der Falun Gong Bewegung, Verfolgungen von Nut-

zern des Internets und eine extensive Anwendung der Todesstrafe aus der Provinz Liaoning gemeldet. Amnesty hält es „für nicht unwahrscheinlich, dass es in Fushun zu ähnlichen Vorfällen gekommen ist“.

Unbestätigten Internetmeldungen zufolge, wurde beispielsweise ein Mitglied der Falun Gong Bewegung in Fushun inhaftiert und gefoltert. Täglich musste er demnach mehr als 10 Stunden lang gerade auf dem Fußboden sitzen. Jede nur noch so kleine Bewegung führte brutale Schläge nach sich. Nachts durfte er nicht schlafen.

Ähnliche Vorfälle werden durch Berichte von Amnesty International bestätigt. Vor diesem Hintergrund halten es die Grünen für geboten, dass nicht nur Vertreter örtlicher Banken und insbesondere Energieversorger die weite Reise nach Fushun antreten - die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sollte sich auch auf den freien Zugang der Bevölkerung zum Internet, die Ausübung von Religionsfreiheit und die Wahrnehmung von Arbeitnehmerrechten beziehen.

→ [mehr Infos im Netz](#)



Bei Reisen in die Partnerstadt Fushun sollte auch die Einhaltung der Menschenrechte zur Sprache kommen

GRÜNE: Kein Ei mit der „3“ !

[07.04.2004] Die Käfighaltung von Hennen wird in Deutschland ab 2007 verboten sein - ein großer Erfolg für den Tierschutz. Bis dahin schaffen der Stempel auf dem Ei und die Kennzeichnung der Verpackung Klarheit beim Eierkauf. Dadurch sind Haltungsform und Herkunft eindeutig ersichtlich.

Was bedeuten die einzelnen Ziffern auf dem Ei? Die 0 steht für ökologische Haltung, die 1 für Freilandhaltung, die 2 für Bodenhaltung und die 3 eben für Käfighaltung. Danach folgen die Herkunftsbezeichnung wie z. B. DE für Deutschland oder NL für die Niederlande sowie eine Betriebs- und Stallnummer. Ein Stempel beispielsweise mit der Ziffernfolge "0-DE-0326041" ist also ein Ei aus ökologischer Haltungsform mit Herkunftsland Deutschland.

"Machen Sie Politik mit dem Einkaufskorb. Entscheiden Sie sich bewusst für Eier aus alternativen Haltungsformen - am besten aus Freilandhaltung oder ökologischer Erzeugung.

Lassen Sie Käfigeier liegen und kaufen Sie kein Ei, dessen Stempel mit der '3' beginnt", so die Empfehlung der Sachkundigen Bürgerin Barbara Holt.

Denn immer noch werden 84 % der Hühner in Käfigen gehalten. Wer kein Ei mit der Drei kauft, sorgt dafür, dass es ein baldiges Ende der Käfighaltung in Deutschland und vielleicht schon bald in der Europäischen Union gibt. Darüber hinaus verschafft die Bezeichnung "Öko" oder "Bio" noch zusätzliche Sicherheit. Damit haben die Konsumentinnen und Konsumenten die Gewähr, dass die Hühner Futter aus ökologischer Erzeugung ohne künstliche Zusatzstoffe erhalten und artgerecht gehalten werden. Ökoeier werden inzwischen auch in vielen Supermärkten angeboten!

Die Kennzeichnungsregeln:

Ab dem 1. Januar 2004 ist die Kennzeichnung grundsätzlich auf der Außenseite der Verpackung in deutlich sichtbarer und gut leserlicher Druckschrift anzubringen. Die Anga-

be der Haltungsform der Legehennen ist Pflicht. Verpackte Eier aus Käfighaltung müssen auf der Verpackung den Wortlaut »Eier aus Käfighaltung« tragen.

Jedes Ei der Güteklasse A muss mit dem Erzeugercode gestempelt sein.

Die Eier müssen entweder direkt im Legebetrieb oder spätestens in der ersten Packstelle gestempelt werden.

Bereits seit 2002 sind als Haltungsformen sind nur noch die Begriffe Freilandhaltung, Bodenhaltung und Käfighaltung sowie ökologische Erzeugung zugelassen.

Eier aus ökologischer Erzeugung müssen entsprechend der EG-Ökoverordnung erzeugt sein und auf der Verpackung zusätzlich zum Erzeugercode die Codenummer oder den Namen der Öko-Kontrollstelle tragen.

→ [weitere Infos im Netz](#)

→ [Infos zum Eier-Stempel](#)

„Machen Sie Politik mit dem Einkaufskorb! Entscheiden Sie sich für Eier aus alternativen Haltungsformen!“



Platz da! Freiheit schmeckt besser!



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd R. Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ
UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Zukunftsfähige Arbeit hat eine Farbe: „GRÜN“ !

Klimaschutz kostet Arbeitsplätze? Dosenpfand als Job-Vernichter? Alles falsch! Das Gegenteil ist der Fall. Die aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung beweist: Umweltschutz ist nicht nur gut für die Zukunft unseres Planeten, Umweltschutz ist gleichermaßen gut für Wirtschaft und Arbeit hier und jetzt. Ökologie und Ökonomie gehen Hand in Hand.

1,5 Millionen Jobs – Tendenz steigend

1,5 Millionen Menschen arbeiten bereits im Umweltschutz, über 46.000 Tausend mehr als noch 1998 (dem Zeitpunkt der letzten Untersuchung). Und diese Schätzung der Wirtschaftsfachleute ist die Untergrenze der tatsächlichen Beschäftigungswirkung: Jobs im Ökotourismus, bei umweltorientierten Versicherungsleis-

tungen oder in der integrierten Produktionstechnik wurden gar nicht mitgezählt. Auch die Randeffekte wie z.B. schwer erfassbaren Beschäftigungseffekte von Umweltausgaben privater Haushalte müssen noch hinzugerechnet werden. Insgesamt heißt das: Noch weitaus mehr Menschen verdienen ihren Lebensunterhalt mit Umwelt- und Naturschutz.

Erneuerbare Energien als Jobmotor

Auch innerhalb des Sektors Umweltschutz gibt es Verschiebungen. Die Investitionen insbesondere der Gebietskörperschaften in den klassischen Umweltschutzbereichen wie Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinigungen nehmen insgesamt ab, und damit auch die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Bereichen.

Stark zugenommen hat der Export von Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz. Hier nimmt Deutschland weltweit eine Spitzenposition (direkt hinter den USA) ein. Wie die ausländische Nachfrage hat sich in diesem Bereich die Anzahl der Arbeitsplätze mehr als verdoppelt. Fast 50.000 Menschen arbeiten für den Export.

Insgesamt der größte Sektor sind Umweltdienstleistungen mit über 960.000 Jobs. Auch hier gibt es gute Zuwächse, z. B. im Ökologischen Landbau. Mit Abstand den größten Beschäftigungseffekt hat aber der Boom bei Erneuerbaren Energien. Seit 1998 haben sich hier die Arbeitsplätze direkt durch Erneuerbare Energien auf über 118.000 fast verdoppelt.

Grüne Arbeitsplätze für die Zukunft

Und die Erfolgsstory geht weiter: Vor allem Maßnahmen der Energieeinsparung und des Klimaschutzes werden weitere positive Impulse für den Arbeitsmarkt setzen. Durch verstärkte Energiesparmaßnahmen bei Gebäuden etwa können gewaltige Mengen an Energie eingespart werden – gleichzeitig sparen Mieter, Haus- und Wohnungseigentümer Heizkosten. Die rot-grüne Bundesregierung hat ein entsprechendes Förderprogramm zur Gebäudesanierung aufgelegt. Wenn es gelingt, die jährliche Sanierungsrate der Altbauten auf zwei bis drei Prozent zu verdoppeln, könnten alleine in diesem Bereich bis 2010 120.000 neue Arbeitsplätze entstehen.